

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, würdigt den 1. Mai 1982 als Tag der Herausforderung für die Arbeitnehmerschaft.

Seite 1/2

Johannes Rau, Ministerpräsident und stellvertretender SPD-Vorsitzender, plädiert für eine bessere Darstellung der Entspannungspolitik.

Seite 3/4

Karl Hofmann MdB interpretiert die Kritik der EG-Kommission an der regionalen Wirtschaftsförderung der Bundesrepublik.

Seite 5

Dokumentation
Die Münchner Erklärung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt.

Seite 6/7

37. Jahrgang / 77

23. April 1982

1. Mai 1982: Für Arbeit und Frieden

Weiter unbeirrbar für die Grundwerte streiten

Von Helmut Rohde MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Der 1. Mai 1982 ist kein Tag, der von prallen Optimismus erfüllt wäre. So sieht diese Welt nicht aus, in der wir politische und soziale Verantwortung tragen. In den Industriestaaten sind Millionen Menschen ohne Arbeit; in den Entwicklungsländern bereitet sich Hunger aus; in der ganzen Welt wachsen die Gefahren militärischer Bedrohungen und Konflikte. Arbeit und soziale wie äußere Sicherheit, für die viele Generationen arbeitender Menschen gelebt und gestritten haben, sehen sich in den 80er Jahren neuen und ernstesten Gefährdungen gegenüber.

In dieser Lage sind die Menschen zunehmend kritisch. Mit oberflächlichen Appellen oder wohlfeilen Rezepten lassen sie sich nicht beruhigen. Gelernt haben wir, daß in schwierigen Zeiten Verlässlichkeit und solidarischer Zusammenhalt gefragt sind und an Wert gewinnen. Zu resignieren hilft nicht weiter, sondern macht den Platz frei für andere - und das wären die Konservativen.

Deren Rezept kennen wir. Es heißt: Laschheit gegenüber den Gefahren der Arbeitslosigkeit, Rigorosität bei der Kürzung sozialer Leistungen, drastische Steigerung der Rüstungs-



ausgaben. Unter dem Strich bleibt dann die bittere Frage, welche Chance in einer solchen Welt für soziale Sicherung und weltweite Abrüstung bleibt. Die ökonomische Krise der 80er Jahre wird begleitet von einem Rückfall in privatkapitalistische Arroganz und - auf der anderen Seite - in eine Verhärtung staatskapitalistischer Bürokratie mit all ihren Bedrückungen und Belastungen gerade für die arbeitende Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund tragen die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der freien Welt große Verantwortung: Mit ihren Kräften für eine aktive Beschäftigungspolitik einzutreten - von Verbesserungen in der Arbeitszeitpolitik bis zu einer gerechteren Einkommensverteilung - und gleichzeitig gemeinsam für eine Sicherheitspolitik zu streiten, in der auch künftig Abrüstung und Entspannung ihren Platz haben.

Im weltweiten Prozeß des technologischen und strukturellen Wandels messen wir die materiellen Veränderungen daran, wie sie sich auf die Arbeitsbedingungen und die Lebensumwelt der Menschen auswirken. Dabei haben wir die handfeste Erfahrung gemacht: Ohne Mitbestimmung gibt es keine Humanisierung des Arbeitslebens. Die Arbeitnehmer dürfen nicht ohne Rechte auf die Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen sein, sonst geraten sie in Abhängigkeiten, in denen kein freies Leben möglich ist.

In dieser Zeit kommt es für die arbeitenden Menschen nicht in erster Linie auf weit-schweifige Konzepte und endlose Analysen an. Die Menschen bewegt vielmehr die Frage, was konkret getan wird: wie Schritt für Schritt, aber unbeirrbar, jene Grundwerte befolgt werden, die sich die Arbeiterbewegung auf die Fahne geschrieben hat.

(-/23.4.1982/hi/va)

+ + +



Aus Schwertern wirklich Pflugscharen machen

Unsere Friedenspolitik braucht die Chance der Vernunft

Von Johannes Rau

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und stellvertretender SPD-Vorsitzender

Was ist mit der jungen Generation? Wie können wir mit unserer Politik und mit dieser jungen Generation im Gespräch bleiben? Ist dies vielleicht nicht ein Beitrag dazu, daß wir hier streitig miteinander reden und doch Freunde bleiben? Eine Frage, die einen so wie diese zerreißen kann, darf man nicht taktisch beantworten. Gerade, wenn es einen selber zerreißen könnte, muß man sehen, daß die SPD dabei nicht zerrissen wird. Ich war am 10. Oktober in Bonn nicht dabei. Ich war auch nicht beim Ostermarsch. Ich möchte aber erklären, warum ich da nicht mitmachte. Dennoch habe ich demonstriert - 1958.

Damals habe ich mich ohnmächtig gefühlt. Ich muß hinzufügen: In der Zwischenzeit ist etwas geschehen, denn als ich 1958 demonstrierte, gab es keine Regierung die meine Friedenssehnsucht aufnahm. Jetzt gibt es die. Ich konnte damals nichts tun. Heute kann etwas geschehen, heute kann verhandelt werden.

Daher habe ich bei dem ersten und einzigen Besuch, den ich in Moskau habe machen können, meinen Gesprächspartnern die über den 10. Oktober redeten, gesagt: Irren Sie sich nicht. Die Friedensbewegung in Deutschland von der Sie hier reden, richtet sich nicht nur gegen die Pershing, die zu kommen droht, sondern auch gegen die SS-20, die bereits da ist. Diesen Sachverhalt machen nicht alle deutlich. Aber wir sollten dies doch deutlich machen.

Deshalb habe ich eine Frage, die sich auch an unsere Partei richtet. Haben wir es zur Zeit nicht mit zwei Sachverhalten zu tun? Zum einen ist die Entspannungspolitik weltweit gefährdet. Und wenn ich danach frage, wo denn die Leute sind, die geduldig, beharrlich, manchmal trotzig weiter Entspannungspolitik betreiben, fallen mir ein: Helmut Schmidt, Willy Brandt, Egon Bahr und viele andere mehr - und diese haben eine Chance, mitzuhandeln.



Zum ändern ist aber die Entspannungspolitik nicht nur gefährdet. Sie ist auch verdunkelt, und das haben wir getan. Wer erzählt denn den jungen Leuten heute, aus welcher Art vom Kalten Krieg wir das deutsche Volk herausgeführt haben? Wer spricht heute noch von diesem langen Weg. Und das ist meine Bitte: Sorgt mit dafür, daß dieser verhängnisvolle Eindruck, der in manchen Publikationen steht, den niemand von Euch will, wegkommt. Der Eindruck nämlich, das nur der, der für ein Moratorium sei, für Abrüstung sei, und daß dieser die Angst der Menschen ernst nehme. Nein, das sind auch diejenigen, die unseren Leitantrag wollen, der schon eine Weiterentwicklung dessen ist, was 1979 in Berlin beschlossen wurde. Auch unser Leitantrag ist ein Versuch, Friedenssehnsucht in Friedenspolitik umzusetzen.

Dies ist in den letzten Jahren schwerer geworden. Die Angst ernst nehmen - ja, das Rüstungskarussell stoppen - ja; aber wenn jemand von diesem Karussell abspringt und das Karussell weiterläuft, dann hilft das noch nicht. Deshalb meine ich: Laßt uns die Entspannungspolitik neu als unser Gut entdecken, laßt uns neu deutlich machen: Aus Schwertern müssen wirklich Pflugscharen werden. Aber wer aus Schwertern Pflugscharen machen will, der hat harte Arbeit zu tun. Dies ist emotional schwierig weiterzugeben, vor allem angesichts einer Generation, der wir viel zu oft nur schulterklopfend begegnen und die uns im Verdacht hat, wir nähmen sie nicht ernst. Wir müssen die junge Generation neu ernst nehmen - aber mit dem Gut zusammen, daß wir seit 1969 haben. Wir sind dabei Schritt für Schritt geduldig vorangegangen. Jetzt hat die Vernunft in Genf eine Chance. Sie hat diese Chance freilich nur, wegen der Beharrlichkeit unserer Politik. Diese Chance der Vernunft braucht unser Volk, weil es jenseits des Friedens keine Existenz gibt. (-/23.4.1982/ks/va)

+ + +

(Beitrag von Johannes Rau anlässlich der Abrüstungsdiskussion auf dem Münchener SPD-Parteitag)



Neue Kriterien notwendig

Zurückweisung der EG-Bedenken gegen regionale Wirtschaftsförderung ist zu begrüßen

Von Karl Hofmann MdB

Es wäre für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und der betroffenen Regionen schlecht gewesen, hätte die Bundesregierung auf die Bedenken der EG-Kommission im Zusammenhang mit der regionalen Wirtschaftsförderung Rücksicht genommen.

Zur Lage: Die EG-Kommission hatte im November vergangenen Jahres entschieden, gegen den 10. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" nach Artikel 93 EWG-Vertrag ein Prüfverfahren einzuleiten. Ziel dieses Verfahrens war und ist es, die Gewährung von Beihilfen in zwölf Arbeitsmarktregionen in der Bundesrepublik auszuschließen. Es sind dies die Arbeitsmarktregionen: Itzehoe (Schleswig-Holstein), Grafschaft Diepholz-Vechta (Niedersachsen), Alfeld (Niedersachsen), Kleve-Emmerich (Nordrhein-Westfalen), Holzwinden-Höxter (Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen), Buchen (Baden Württemberg), Aichach-Neuburg-Schrobenhausen (Bayern), Landsberg am Lech (Bayern), Traunstein-Bad Reichenhall (Bayern), Miesbach (Bayern), Garmisch-Partenkirchen (Bayern) und Lindau (Bayern).

Die Bundesregierung hat jetzt in ihrer Stellungnahme die Bedenken der Kommission als wirtschaftlich und rechtlich unbegründet zurückgewiesen. Dies ist zu begrüßen. Denn die Bundesregierung hat die von der Kommission geforderten Schritte in Richtung Anpassung der Fördergebiete in Deutschland längst eingeleitet. Sie hat:

- die Bedenken der Kommission gegen den Umfang der deutschen Fördergebiete mit 168 Prozent übererfüllt;
- die Förderhöchstsätze um fünf Prozent gesenkt;
- die Haushaltsmittel für Investitionszuschüsse um 20 Prozent gekürzt und
- die Möglichkeiten zur Beantragung von Investitionszulagen gemindert.

Offensichtlich hat die Kommission diese Maßnahmen jedoch nicht hinreichend gewürdigt und dabei auch übersehen, daß andere vergleichbare Mitgliedsstaaten Umfang und Intensität ihrer Regionalbeihilfen eher ausdehnten oder nicht in gleichem Umfang einschränkten wie die Bundesrepublik.

Anzuerkennen ist allerdings, daß die Kommission inzwischen ihre ursprüngliche Absicht, die Beihilfengewährung sofort in allen genannten Regionen zu untersagen, fallengelassen hat.

Begrüßenswert ist besonders aber auch, daß die Kommission keine Einwände gegen eine Förderung des Zonenrandgebietes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" erhoben haben. Sie anerkennen damit die besondere wirtschaftliche Situation, die sich aus der Zonenrandlage für dieses Gebiet ergibt.

Der Kommission ist jedoch künftig zu empfehlen, in ihren Prüfverfahren Kriterien zugrund zu legen, die den Bedürfnissen der betroffenen Regionen hinreichend gerecht werden.

(- / 23. 4. 1982 / h1 / va)

+ + +

D O K U M E N T A T I O N

In seiner Schlußansprache zum Bundesparteitag der SPD hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am Freitag die folgende Münchner Erklärung abgegeben:

"In Zeiten der Weltrezession, die zur Weltdepression werden könnte, in einer Periode anhaltender Unsicherheiten zwischen den Supermächten, in einer Periode des Strukturwandels für die Wirtschaft der Industriegesellschaften, in einer Periode des Bewußtseins- und Wertewandels in der Gesellschaft, in der sich Neu-Konservative und junge Alternative in der Versuchung begegnen, komplizierte Probleme einfach zu lösen,

in dieser Situation treffen wir 10 Feststellungen:

1/ Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die politische Kraft, die unser Volk vor dem Fluch der zu einfachen Lösungen bewahren kann. Wer Kompromißfähigkeit als Opportunismus verdächtigt, bringt Unglück über die Menschen. Die Sozialdemokraten lassen sich auf das Konkrete ein, sie bekennen sich zum Erbe der europäischen Aufklärung und werden sich jedem Abweg in den Irrationalismus entgegenstellen.

2/ Die Sozialdemokraten bekräftigen zum Abschluß ihres Münchner Parteitages ihren politischen Führungsanspruch in der Bundesrepublik Deutschland. Sie bekunden ihr Vertrauen zu Bundeskanzler Helmut Schmidt. Sie sind entschlossen, das soziale Bündnis von Arbeitnehmerschaft und fortschrittlichem Bürgertum, von junger Generation und geistigem Deutschland immer wieder neu herzustellen.

Die Koalition mit den Freien Demokraten wird von uns gewollt. In schwieriger Zeit hat sie eine neue Chance der Bewährung.

3/ Unser Volk darf nicht unter die Fuchtel derer geraten, die ihm heute die neukonservativen Gewaltkuren als Heilmittel anpreisen. Sie haben in anderen Ländern breite Arbeitnehmerschichten in neue Armut gestürzt.

Wir stehen dafür, daß der Staat aktiv in den wirtschaftlichen Prozeß eingreift, um Arbeitslosigkeit, soziale Einbrüche und unzumutbare ökologische Belastungen vermeiden zu helfen. Wir wollen unternehmerischen Geist auf allen Gebieten des Arbeitslebens ermutigen und leistungslose Profite erschweren. Die SPD ist und bleibt eine Partei der Arbeit. Sie setzt auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze, auf Energieeinsparung und die Verkürzung der Arbeitszeit. Wir bleiben bei unserem Weg der Mitbestimmung und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Dazu hat der Parteitag wichtige Vorschläge gemacht.

4. Wir registrieren, daß geringeres Wachstum die Finanzierung der von der Arbeiterbewegung erkämpften Systeme sozialer Sicherheit gefährdet. Ein Zurückwälzen der großen Lebensrisiken auf den einzelnen Bürger werden wir nicht dulden. Zur Konsolidierung der sozialen Sicherheitssysteme sind wir unter Bedingungen bereit, die das Prinzip Gerechtigkeit wahren.

5/ Wir Sozialdemokraten wissen, daß in einer zerstörten Umwelt der Fortschritt sinnlos wird.

Deshalb begreifen wir die Erhaltung der Natur als Gemeinschaftsaufgabe; hier liegen auch Arbeitsplätze für die Zukunft. Für die zur Zeit vordringlichsten Aufgaben, ein 10-Jahres-Programm 'Saubere Gewässer in der Bundesrepublik' und ein abgestimm-



tes Konzept zur Bekämpfung des Waldes durch sauren Regen, wird ein angemessener Finanzierungsplan zu erarbeiten sein.

- 6/ Eine besondere Herausforderung an unseren Verstand und unsere Menschlichkeit ist die Frage, wie wir mit den ausländischen Mitbürgern umgehen, die in unser Land gerufen wurden. Die SPD ist entschlossen, dem unter dem Einfluß der Arbeitslosigkeit aufkommenden Ausländerhaß mit aller Kraft zu begegnen. Wir fordern die Gewerkschaften, die Kirchen und alle gesellschaftlichen Gruppen und Parteien zu einer großen Initiative gegen Fremdenhaß auf. Gleichzeitig stellen wir fest, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht für eine unbeschränkte Zahl von ausländischen Mitbürgern integrationsfähig ist. Wir werden deshalb unsere ganze Kraft anspannen, um auf menschliche Weise dafür zu sorgen, daß die Zahl der ausländischen Mitbürger nicht noch wächst.
- 7/ Ohne den Frieden ist alles nichts. Deswegen stellen die Sozialdemokraten sich der Bedrohung des Friedens entschlossen entgegen. Wir kämpfen für Abrüstung in Ost und West.
- Die erfolgreiche Weiterführung der Entspannungspolitik ist dringend geboten. Nur sie kann das Vertrauen schaffen, ohne daß es eine Begrenzung der Rüstungen nicht geben wird. Wir bekennen uns zum westlichen Bündnis und zu einer Politik der Sicherheitspartnerschaft mit den Staaten des Ostens.
- 8/ Friedenssicherung und Freiheitsanspruch sind Voraussetzungen für das physische und moralische Überleben der Menschheit. Wir stehen an der Seite der Schwachen, Unterdrückten und Ausgebeuteten in der Dritten Welt. Wir bekunden unsere Verbundenheit mit den freiheitlichen Kräften, wo immer sie unterdrückt werden - von Polen bis zur Türkei, von Afghanistan bis El Salvador.
- 9/ In den Gemeinden erfährt der Bürger Demokratie unmittelbar. Die Sozialdemokraten sind entschlossen, der Aushöhlung ihrer Finanzkraft entgegenzutreten, unsere Städte und Gemeinden wohnlicher zu machen und eine kommunalpolitische Offensive zu ergreifen.
- 10/ Der Münchner Parteitag 1982 hat die Handlungsfähigkeit der Sozialdemokraten gezeigt. Wir sind und bleiben eine Gesinnungsgemeinschaft, die offen zu diskutieren und geschlossen zu handeln versteht. Wir haben keine Illusionen: Die 80er Jahre werden all unsere Kraft fordern. Die deutsche Sozialdemokratie bekundet ihren Willen, die Zukunft unseres Landes zu gestalten.

(-/23.4.1982/bgy/va)

+ + +

